

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für W. Bad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. M. 650, vierteljährl. M. 1950.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inlandsdeutschen Verkehr 1950.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 25 M. u. Strafkant. Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Remsbürg. Zweigstelle Waldbad. Bankkonto: Direction d. Discontogef., Zweigst. Waldbad. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum M. 35.—, auswärts M. 40.—, u. Reklamezeile 100 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Ankauferteilung werden jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. u. Zu Ankauf-fällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldbad.

Nummer 3

Februar 1923

Waldbad, Donnerstag, den 5. Januar 1923

Februar 1923

58. Jahrgang

Ein Rückblick

Kurz vor Schluss des Jahres 1921 erklärte die Bank von England, Deutschland habe unter der Herrschaft der bestehenden Entschädigungsverpflichtungen (des Londoner Ultimatums) weder auf einen lang- noch einen kurzfristigen Kredit zu hoffen. Damit war die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reichs so scharf gekennzeichnet, als es nur möglich war. Alle Bemühungen, den unerfüllbaren Forderungen des Feindverbands dennoch gerecht zu werden, habe die „Kreditwürdigkeit“ nur vermehrt. Den Franzosen ist es gar nicht darum zu tun, Deutschland in einen Zustand kommen zu lassen, der ihm die Zahlung der ungeheuerlichen Kriegskontribution ermöglichte; die Zahlungsmöglichkeit mit dem Vorbehalt, Deutschland des bösen Willens zu beklagen und zur Strafe deutsche Lande zu rauben, poht den „Siegern“ weit besser. Ebenso wie England mit der Loslösung Oberschlesiens recht wohl zufrieden ist, da es dadurch endlich erreicht hat, daß Deutschland wieder auf den Bezug englischer Kohle angewiesen ist. Seitdem hat sich die Zahl der Arbeitslosen in England um fast eine Million vermindert. Offenbar ist die erneute Hochschraubung der feindlichen Kohlenforderungen nicht zum wenigsten auf englisches Betreiben erfolgt. Deutschland ist ihr Spielball, weiter nicht.

Vor etwa zwei Monaten hat der amerikanische Großfinanzmann Morgan ebenfalls ausgesprochen, daß eine Anleihe für Deutschland nicht in Frage kommen könne, ehe die Entschädigungsfrage nicht gelöst sei. Auch diesmal stemmte sich Frankreich gegen eine Anleihe an Deutschland. Gegenüber dem Jahresbeginn ist die schwebende Schuld von 247 auf beinahe 1500 Milliarden, der Bankeinlauf von 104 auf 1137 Milliarden Mark gestiegen und der Dollar hat fast des 4fachen Ende 1922 den 18fachen Kurswert. Nach den Angaben des Reichsfinanzministers hat Deutschland, abgesehen von den Gebietsabtretungen, Flotten, Kanala, die zusammen etwa ein Drittel des gesamten Volkvermögens ausmachen, bis zum 31. Juli 1922 rund 40 Milliarden Goldmark abgetragen, das Jahresschuldenschnitt Frankreichs von 1871. Außerdem sind zur Erfüllung des Vertrags von Versailles rund 382½ Milliarden Papiermark aufzubringen gewesen, darunter allein für die Befehung über 14 Milliarden Mark. Und während Deutschland früher für 432,6 Millionen Goldmark Kohlen ans Ausland verkaufen konnte, müßte es heute für 525 Millionen Goldmark Kohlen von England kaufen. Insgesamt dürften die Leistungen Deutschlands an die Feinde auf weit über 100 Milliarden Goldmark angenommen werden.

Die „Kreditwürdigkeit“ ist somit wohl erklärlich, um so mehr als das Opfer der 100 Goldmillarden von Feindes Seite kaum in Rechnung gestellt wird und die Last der 139 Goldmillarden Kriegsschuldung laut Londoner Ultimatum fast noch voll auf Deutschland ruhen soll. Da aber die Einnahmen des Reichs trotz aller Tarifserhöhungen der Eisenbahn und Post nicht einmal ausreichen, die inneren Ausgaben zu decken, hat es sich ganz auf die Notopressen stützen müssen. Damit vollzog sich ein Vorgang von höchster volkswirtschaftlicher Bedeutung: die Vernichtung des alten Kapitals, — der gleiche Vorgang wie in Sowjetrußland, dort in Form der offenen Wegnahme des Kapitals, in Deutschland die heimliche „Expropriation“ (Kapitalenteignung) durch die Verminderung der Kaufkraft des Geldes. Hier wie dort die gleichen Fragen: je mehr das alte Kapital vernichtet wird, umso mehr steigt der Kapitalmangel, denn wirkliches neues Kapital wird nicht gebildet und zur Befriedigung der Kreditansprüche auch für den privaten Bedarf bleibt heute nur die Notopresse. Um den Andrang der Handelswechsel zur Reichsbank — er ist im letzten Jahr von 1 auf 435 Milliarden gestiegen — einzudämmen, wurde der Reichsbankdiskont von 5 allmählich auf 10 Prozent erhöht und er soll nach der Mitteilung des Reichsbankpräsidenten weiter hinaufgesetzt werden. Viel helfen wirds wohl nicht.

An der Börse hat unter dem Einfluß der Geldentwertung ein gewaltiges Hochtreiben der Kurse eingesetzt, das wohl nie geahnte hohe Kurse, aber auch eine noch nie dagewesene niedrige Verzinsung des in Börsenwerten angelegten Kapitals gebracht hat, denn das Papier trägt meist nicht mehr, ob der Kurs auf 1000 oder 15 000 steht. Dem gegenüber befragen die scheinbar hohen Dividenden — sie sind in Gold umgerechnet

Tagespiegel

Die französische Regierung veranschlagt die Einnahmen aus den Rheinzöllen im befehlten Gebiet auf 200 Millionen Goldmark, aus der Beschlagnahme der Kohlenbergwerke im Rheinland und Ruhrgebiet auf 400 Millionen, aus anderen Zöllen 180 Millionen, aus der Kohlensteuer 280 Millionen, aus der Abgabe für Ausfuhrbewilligung und dergl. auf 4 Millionen Goldmark jährlich. Insgesamt würden diese „Minder“ eine Milliarde Goldmark für Rechnung der Entschädigungskommission einbringen.

Donar Law erklärte Zeitungsvorkretern gegenüber, eine Einigung in der Entschädigungsfrage auf der Konferenz erscheine leider wenig wahrscheinlich.

Türkischen Meldungen zufolge soll das ganze Erdbebengebiet Mesopotamiens im Ruin sein. Wie englischen Flugzeughelfen seien in Brand gesteckt worden.

Der national-indische Kongress in Gaya beschloß nach einer Reueinbarung, falls die Türkei in einen Krieg (mit England) verwickelt würde, gegen England passiven Widerstand durch Hemmungen aller Art zu leisten und vor dem Eintritt ins heilige Meer zu warnen. Außerdem soll der Regierung von Angora ein indisches Freikorps zur Verfügung gestellt werden.

Reuter meldet aus Peking, die revolutionäre Regierung in Kanton habe die Hauptregierung in Peking wieder anerkannt und wolle sich mit ihr vereinigen.

viel kleiner als in früheren Zeiten — nichts. Bevor aber der Wert der Mark nicht befestigt wird, ist an eine Neubildung von echtem Kapital nicht zu denken. Dabei wäre es ein Irrtum, zu glauben, daß ausschließlich die Festigung der Mark die Gefahr einer Wirtschaftskrise und einer mit ihr verbundenen Arbeitslosigkeit in sich birgt; gefährlicher ist der Verlust des Kapitals, der den Rückgang der Volkswirtschaft zur Folge hat. Schon heute zeigt sich, wohin die mangelnde Kaufkraft führt. Mangelnde Kaufkraft bedeutet aber doch nur, daß die Warenerzeugung zu teuer ist. Mit der Vermehrung der Papiergeldzeichen läßt sich aber keine Abhilfe schaffen.

Wenn wir an den Feindverband nicht mehr bezahlen müßten, als sich aus dem normalen Ueberfluß unserer Ausfuhr gegenüber der Einfuhr ergibt, könnte die Notenpresse bald stillgelegt und damit die Mark befestigt sein. Allein wir haben beinahe ausschließlich Barzahlungen an die Feinde zu leisten, sondern — und das ist englisches Geschick — die 26prozentige Abgabe von der Ausfuhr. Ohne Befestigung dieses Ausfuhrtributs können wir die weiteren Barzahlungen nicht leisten und die Entwertung der Mark von außen her dürfte dauernd nicht abzuwehren sein, welche Anstrengungen im Innern wir auch durch eine Ausgleichung der Volkswirtschaft machen mögen.

Das Spiel von Paris

Die neue Grundstimmung

Der Konferenz von Paris steht das europäische Publikum nur noch mit spöttischem Zweifel zu. An den Wert dieser Konferenz glaubt heute niemand mehr, ihre Häufigkeit hat sie in Verirrung gebracht. An allen entscheidenden internationalen Plätzen werden sie abgehalten, mit hochtönenden Programmen eingeleitet, mit Tamtam und Geheimnissen umgeben. Jede einzelne Zusammenkunft würde als der Anfang der Rettung ausgerufen. Formeln wurden erdacht, verworfen, durch neue ersetzt, um wieder anderen Platz zu machen. Nach ungezählten großen, mittleren und kleineren Tagungen in Paris, in London, in Cannes, in Genua, in Boulogne, in Brüssel, in Palästina, in Wilen, in Eisenbahnwagen steht man heute genau da, wie zu Beginn des vorigen Jahres, vor einem schlechterdings unlösbar erscheinenden englisch-französischen Meinungsstreit. Keine Konferenz ist bis jetzt zu Ende gegangen, ohne daß schon eine weitere in Sicht erschienen wäre.

Bis zu diesem 2. Januar ist unendlich viel Arbeit, Kopfzerbrechen und Unkosten von allen Regierungen nutzlos verströmt worden. Minister kamen, machten sich zwecklos wichtig und gingen wieder. Viele Denkschriften und Notizen wurden vergeblich abgefaßt, zahllose Reden ohne das geringste Ergebnis sind gehalten worden. Geblieben ist die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit, die Verwirrung. Nur eine einzige Veränderung hat das nun abgeschlossene Konferenzjahr 1922 gebracht und aus dieser ergab sich der letzte fröhliche Hoffnung, den man in das neue Jahr hinüberreiten möchte: Die allgemeine Grundstimmung in der internationalen Politik hat gewechselt. Wenn vor

zwei Monaten noch in der Hauptsache Deutschland als der widerspenstige Unmühtant betrachtet wurde, der zur Reue gebracht werden müsse, ist heute der Dämmer der Erkenntnis aufgegangen, daß in Paris die Hauptwiderstände zu suchen sind, an denen die Verträge, die Frage zu lösen scheitern. Amerika mag von seinen Vorfällen, eingreifen, soweit sie bekannt wurden, noch soviel anständig wieder zurücknehmen, in allen Rundgebungen der leitenden Männer Washingtons richtet sich die Spitze des Vorwurfs jetzt deutlich gegen Frankreich. Durch Briefe des früheren russischen Außenministers Sazonow über seine Unterredungen mit Poincaré während des Kriegs ist erwiesen, daß Poincaré die Vernichtung Deutschlands betrieb, und es ist nichts als Lügnerische Heuchelei, wenn Poincaré und seine Leute diese Tatsache jetzt abzuleugnen versuchen und behaupten, sie wollten gar nichts als Entschädigung für die von den Deutschen angerichteten Verwüstungen des französischen Landes. Das „Berl. Tagebl.“ hat den Briefwechsel neulich veröffentlicht, — wobei sich einem die Frage aufdrängt, warum das Blatt, dem die Briefe längst bekannt waren, die Veröffentlichung der Aktenstücke so lange verzögert hat. Waren sie um die Jahreswende 1920/21 bekannt geworden, so hätte sie Lloyd George im Januar 1921 in Cannes, im April in Genua und dann in London verwerten können, um den französischen Ansprüchen die Masse vom Gesicht zu reißen. Die Veröffentlichung kommt jedoch nicht zu spät um es Bonar Law zu ermöglichen, Herrn Poincaré ins Gesicht zu sagen, daß man nicht mehr glauben kann, was er am 15. Dezember in der Pariser Kammer sagte: „Wir hegen keinen Hintergedanken; Frankreich denkt nicht und wird nicht an Expeditionen militärischen Charakters denken. Es hat ebenförmig im Sinn, Deutschland zu züchtigen und zu bestrafen. Es will nur in dem Umfang bezahlt sein, indem es bezahlt sein kann.“ — daß man nicht mehr glauben kann, was er am 21. Dezember im Senat sagte: „Wir denken nicht daran, Deutschland zu vernichten.“ Durch die Vorkämpfer, mit denen Poincaré das Spiel von Paris einleitete, ist klar geworden, daß er von Deutschland nicht die Bezahlung, sondern die Strafen für Nichtbezahlung wünscht. Wenn die englische Politik zunächst auch nur dieses Geheimnis entschleierte, wird die Pariser Konferenz die erste Tagung sein, auf der man einen Schritt vorwärts kommt. — er.

Die Pariser Konferenz

Das Programm Poincarés

Paris, 2. Jan. In der gestrigen Sitzung legte Poincaré seinen Plan über die Entschädigungsfrage vor. In dem Schriftstück heißt es laut Havos u. a.: Deutschland verlange eine Befreiung der Verpflichtungen nach Maßgabe seiner etwaigen Ueberflüsse im Reichshaushalt. Das sei aber offensichtlich unmöglich, denn die Ueberflüsse seien von der Politik und den guten Willen Deutschlands abhängig, nach der Vergangenen könne man aber nicht das mindeste Vertrauen haben, wie die unzähligen Verfehlungen Deutschlands in den letzten Monaten beweisen.

Eine Herabsetzung des französischen Anteils an den deutschen Verpflichtungen sei für die französische Regierung unannehmbar, es sei denn, daß gewisse Verbündete eine etwaige Herabsetzung oder anderweitige Regelung ihrer Forderungen an Deutschland durch Abänderung ihrer Anteilsätze und die Gewährung eines Vorrrechts für den Wiederaufbau in Frankreich zugestehen.

Was die von England berührte Angelegenheit der Verbundkriegsschulden betreffe, die im Interesse des gemeinsamen Sieges eingegangen worden seien, so könne die französische Regierung weder aus Gründen der Billigkeit noch tatsächl. Kapital oder Zinsen bezahlen, solange sie nicht durch deutsche Zahlungen für die Kosten des Wiederaufbaus gedeckt sei. Die Kosten entsprechen annähernd dem französischen Anteil an den Schuldzinsen A und B. Die französische Regierung wäre bereit, den Kriegsschuldensgläubigern Frankreichs von dem französischen Anteil an den Schuldzinsen C einen Nennbetrag abzugeben, der der Höhe der Kriegsschulden entsprechen würde. Die französische Regierung erklärt sich bereit, die (von Deutschland einzufönden) Schuldzinsen C, soweit sie französische Forderungen betreffen, zu tilgen, wenn die andern Verbündeten dieses Verfahren auch annehmen und, soweit sie zugleich Verbundkriegsgläubiger seien, die ihnen zustehenden Schuldzinsen C gleichfalls ausbezahlen würden.

Es liege im Interesse der Verbündeten und Deutschlands, die Bezahlung auf einen beschränkten Zeitraum zu sichern, als dem, der für die Einlösung der Schuldzinsen A und B vorgezogen sei. Vorweggenommene Zahlungen Deutschlands müßten ihm bis zu einem bestimmten Zeitpunkt und zu einem angemessenen Satz diskontiert werden. Da solche Zahlungen gegenwärtig aber nur mittels einer früheren Anleihe in annehmbarem Maß geleistet werden könnten, müsse Deutschland diese Anleihe auferlegt werden und die verbündeten Ver-



gierungen sollten die Anleihe in jeder Weise fördern. Für die Anleihe konnten schon heute in Deutschland ausreichende Sicherheiten geschaffen werden. Die Sicherheiten würden vom Garantiaussschuß, dem Vertreter der Anleihezeichner beizugeben wären, streng zu überwachen sein.

Die Kräfte

In dem Programme Poincarés heißt es weiter: Zur Ordnung der deutschen Reichsfinanzen schlägt die französische Regierung vor:

1. Die Reichsregierung hat der Entschädigungskommission einen Plan über die Festigung der Mark vorzulegen, der aber kein anderes Eingreifen auf dem Devisenmarkt enthalten dürfte als notwendig ist, um den äußeren Wert der Mark aufrecht zu erhalten. Der Kurs der Mark soll zu Beginn der Maßnahme festgesetzt werden, bis der innere Wert der deutschen Währung aufs neue gehalten und angehoben ist.

2. Es sind sofort Maßnahmen zu ergreifen, um den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und dadurch zu erhalten, daß man steigend in die Ausgaben Kredite zur Bezahlung der Kriegsschuldung einstellt.

3. Mit Beginn der Festigungsmaßnahmen hat die Reichsbank die Bezahlung der Schatzwechsel der Reichsregierung einzustellen. Unvermeidliche Mehrausgaben sind durch innere Gold-Anleihen zu befriedigen.

4. Zur Verhinderung der Kapitalflucht sollen die ausländischen Zahlungsmittel im Inland „absecuriert“ und die Reichsgesetze gegen die Kapitalflucht vom Garantiaussschuß besonders überwacht werden und zwar a) die Reichsregierung im Einverständnis mit der Entschädigungskommission einen vollkommenen Plan der zu erlassenden rechtlichen und Verwaltungsmaßnahmen aufzustellen, der sofort dem Reichstag bzw. den Landtagen vorzulegen ist und so dem ohne Einwilligung des Garantiaussschusses nichts geändert werden darf. b) Der Garantiaussschuß ist befugt, die Ausführung des Plans zu verfolgen und so in jedem Augenblick in allen Einzelheiten den Stand der Finanzverwaltung des Reichs sowohl wie der Bundesstaaten kennen zu lernen, wozu er sich aller Eingriffsmittel bedienen kann, die er für nützlich hält. Er kann jede Ausgabe, die er für ungelegen hält, verbieten und andererseits Zahlungen vorschreiben, die ihm zur Abtragung der Entschädigungsverpflichtungen wünschenswert erscheinen. Der Ausschuss wird auch die Überwachung der Reichsbank und aller Stellen, die an der Markfestigung beteiligt sind, ausüben. c) Weigert sich die Reichsregierung, diesen Forderungen sich zu unterwerfen oder werden sie nicht in der vorgeschriebenen Zeit ausgeführt, oder wenn die Regierung Anordnungen des Garantiaussschusses nicht befolgt, so wird das als Verletzung im Sinn der Paragraphen 17 und 18 des Anhangs II des Friedensvertrags angesehen und die in Kapitel 4 vorgesehenen Sanktionen werden sofort und von selbst in Kraft treten. d) Den Rechten des Garantiaussschusses kann die Schlussbestimmung des Artikels 7 des Londoner Ultimatums (daß der Ausschuss sich nicht in die deutsche Verwaltung einmischen dürfe) nach Auffassung der französischen Regierung nicht entgegenstehen, denn diese Bestimmung bedeutet nur, daß — man höre und staune! D. Schr. — der Garantiaussschuß nicht an die Stelle der deutschen Verwaltungszweige treten und deren Leitung übernehmen könne. (1)

Pländer und Zahlungsfrist. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß Deutschland ganz wohl in der Lage wäre, zusammen mit seinen Großindustriellen im Jahre 1923 die ihm vom Ultimatum auferlegten Zahlungen usw. zu leisten. Eine Zahlungsfrist darf sich daher nicht auf ähnliche Verpflichtungen erstrecken und sie muß durch Beschlagnahme von Pländern ausgeglichen werden.

Die französische Regierung ist nicht geneigt, die Zahlungsfrist über zwei Jahre auszudehnen, und auch diese nur, wenn Deutschland im Einverständnis mit der Entschädigungskommission unerlässliche Anstrengungen macht, seine Finanzen zu ordnen und Anleihen aufzunehmen zur Markfestigung und zur Abzahlung der Entschädigung, die schon während der Zahlungsfrist beginnen soll.

Während der Zahlungsfrist sind die Befehlungskosten und die Ausgaben für die verschiedenen Überwachungskommissionen, Rheinlandkommission usw. fortzubezahlen.

Der Plan Bonar Law

Nach dem englischen Rezept soll Deutschland eine Zahlungsfrist von vier Jahren zugestanden werden. Nach Ablauf der Frist bezahlt Deutschland in den nächsten vier Jahren je zwei Milliarden Goldmark, in weiteren zwei Jahren je 2½ Milliarden und von da an 3½ Milliarden Goldmark jährlich; die

Summe kann allenfalls, wenn eine unparteiische Stelle sie für zu hoch erklärt, sich erniedrigen, jedoch nicht unter 2½ Milliarden. Die Kohllieferungen an Frankreich, die Kohllieferungen an Italien und womöglich die Farbstofflieferungen sollen uneingeschränkt fortgesetzt werden. Deutschland soll versuchen, die Mark zu befestigen, das Gleichgewicht im Reichshaushalt wieder herzustellen und eine von den Verbündeten für notwendig gehaltene finanzielle Überwachung annehmen. Im Falle einer Verletzung soll Deutschland den von den Verbündeten einstimmig für erforderlich erkannten Maßnahmen (einschließlich zwingender Beschlagnahme der Einfuhr und militärischer Besetzung weiteren deutschen Gebiets) zustimmen. Der Schlußteil des britischen Planes sieht eine Regelung der Schulden im Verband vor.

Der italienische Plan

Nach dem der Konferenz vorgelegten italienischen Reparationsplan soll Deutschlands Schuld auf 50 Milliarden herabgesetzt und ferner eine Zahlungsfrist von 2 Jahren gegen Pfänder gewährt werden. Deutschland soll in kürzester Frist eine Anleihe von 3 Milliarden Goldmark abschließen, von denen ein Teil zur Festigung der Mark und der deutschen Wirtschaft verwendet werden soll.

Neue Nachrichten

Ein Weihnachtsgruß französischer Studenten

Berlin, 3. Jan. Studenten der protestantisch-theologischen Fakultät der Universität Paris haben an die evangelisch-theologischen Fakultäten der deutschen Universitäten einen Weihnachtsgruß gesandt, in dem sie die deutschen Kommilitonen ihrer Gefühle brüderlicher und christlicher Zuneigung versichern. In ihrer Antwort hat die deutsche Theologenschaft zum Ausdruck gebracht, die französischen Kommilitonen möchten dahin wirken, daß die befreundete Gesinnung sich dem gesamten französischen Volk mitteile.

Der gefährliche Lloyd George

Köln, 3. Jan. Die Zeitungen hatten die Enthüllungen Lloyd Georges über die französischen Raubabsichten Frankreichs auf das Rheinland veröffentlicht. Die Rheinlandkommission hat die Entwertung der betreffenden Zeitungsansätze befohlen und weitere derartige Veröffentlichungen verboten, weil sie „geeignet seien, die öffentliche Ordnung zu stören.“ — Wer laßt das?

Die Londoner „Daily News“ kündigen an, Lloyd George werde seine Denkwürdigkeiten fortsetzen und sie auf die Kriegsschuldfrage ausdehnen. Die Welt stehe vor ungewöhnlichen Enthüllungen.

Rückzahlung der kleinen Reichsanleihestücke

Es ist vielfach davon die Rede gewesen, daß die Reichsregierung die Einziehung der kleinen Stücke der Reichsanleihen (Kriegsanleihen usw.) bis zu 5000 Mark Nennwert plane, weil die Zinsabwicklung einen Kostenaufwand und einen Beamtenapparat erfordert, der zu der Wertverminderung der Anleihestücke, besonders der kleinen, insofern des Marksturzes in keinem Verhältnis mehr steht. Tatsächlich ist der Plan bereits in Erwägung gezogen worden, doch hat die Regierung bisher noch Bedenken getragen, ihn auszuführen wegen der starken Verunsicherung, die eine solche Maßnahme namentlich in den Kreisen der kleinen Sparer nach sich ziehen müßte. Die Rückzahlung war nach einem im Reichsfinanzministerium gemachten Vorschlag als eine Tilgung zu einem „Vorzugskurs“ oder mit sonstigen Vergünstigungen“ gedacht. Es ist aber nicht recht ersichtlich, was damit gemeint sei. Soll sich der Vorzugskurs auf den Nennwert der Anleihestücke beziehen? Die Reichsregierung ist nach dem Finanzgesetz verpflichtet, die Anleihen zum Nennwert einzulösen. Der Vorzugskurs würde also ein gewisses Aufgeld (Agio) auf die Nennwerte der Reichsanleihen bedeuten. Oder hängt der Vorzugskurs mit dem Börsenkurs der Papiere zusammen? Dieser Kurs beträgt derzeit 70 bis 75 Prozent, der börsenmäßige Kursverlust an den Reichspapieren beziffert sich demnach auf rund 25 bis 30 Prozent; er würde durch die gedachten Vergünstigungen etwas gemildert werden, bliebe aber dennoch unerträglich. Sind doch die in Frage kommenden Reichsanleihen seinerzeit durchweg in Gold einbezahlt worden und das deutsche Volk hat sowieso an ihnen etwa 90 Milliarden Goldmark verloren.

nachdem man von Reichswegen die Goldmark einfach zur Papiermark gemacht hat.

Die Betriebsräte in ausländischer Beurteilung

Der norwegische Höchstgerichtsrat Dahl hat im Auftrag der norwegischen Regierung die Einrichtung der Betriebsräte in Deutschland studiert und darüber einen Bericht erstattet, der in der „Sozialen Praxis“ auszugsweise wiedergegeben ist. Die Frage, ob die Betriebsräte die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern wahrzunehmen ... befehlt Dahl unbedingt; die Befürchtung, daß die Betriebsräte eine Schwächung der Gewerkschaften herbeiführen werden, habe sich nicht verwirklicht. Die andere Frage, ob die Betriebsräte zur Hebung der Warenerzeugung beigetragen haben, vermag Dahl nicht zu bejahen, weder hinsichtlich der Förderung der Arbeitsleistung und des Arbeitswillens, noch in bezug auf die Steigerung der Erzeugung im allgemeinen. Die Betriebsräte seien durch die Sonderinteressen der Arbeitnehmer voll in Anspruch genommen, so daß sie den gemeinsamen Interessen an der Hebung der Produktion wenig Aufmerksamkeit schenken. Die Betriebsräte beanspruchten ferner einen unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit und Geld. Dahl befürwortet eine durchgreifende Umformung der Befugnisse und der Arbeitsart der Betriebsräte, da sie sonst die Leistungsfähigkeit eher hemmen. Es sollte ihnen z. B. eine weitergehende Mitarbeit bei der Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugestanden werden, wie bei der Entlassung von Arbeitern, dagegen nicht bei der Einstellung. Andererseits müsse das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats auf die technische und kaufmännische Leitung unbedingt abgelehnt werden; diese müsse in der Hand einer Einzelperson bleiben. Die Einrichtung der Betriebsräte an sich betrachtet Dahl als noch in der Entwicklung begriffen, er steht aber in ihr eine brauchbare Grundlage für eine Neuordnung der sozialen und Arbeitsverhältnisse. Mit dem Gedanken der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen habe die Einrichtung einen neuen Abschnitt in der Wirtschaftsgeschichte der menschlichen Gesellschaft eingeleitet.

Die Parlamente im Januar

Berlin, 3. Jan. Der Reichstag wird in den Tagen vom 10.—17. Januar seine Vollsitzungen wieder aufnehmen. Ein bestimmter Termin für den Zusammentritt des Reichsparlaments ist noch nicht festgelegt. Der Reichswirtschaftsrat hält am 16. Januar eine Vollsitzung ab. Der Reichsrat tritt bereits am 7. Januar zusammen. Verschiedene Reichsausschüsse nehmen am 5. Januar ihre Tätigkeit wieder auf.

Überreichung der deutschen Vorschläge

Berlin, 3. Jan. In der Meldung aus Paris, daß die Konferenz auf Antrag Poincarés jetzt schon entschieden habe, den deutschen Vertretern zur mündlichen Übermittlung der deutschen Vorschläge nicht zuzulassen, wird von ausländischer deutscher Stelle noch erklärt, daß sich nicht noch so viele, wenn und ob der Staatssekretär Bergmann die deutschen Vorschläge überreichen wird.

Veromanns Vorschläge abgelehnt

Berlin, 3. Jan. Wie aus Paris gemeldet wird, sagte Poincaré bei Eröffnung der Sitzung: Deutschland habe abgelehnt, daß die Konferenz den Staatssekretär Veromann anhörte, der die Vorschläge der deutschen Regierung darlegen sollte. Poincaré erklärte, daß er grundsätzlich mit einer Prüfung der deutschen Vorschläge einverstanden sei. Er könne jedoch eine mündliche Paroleung der Vorschläge Veromanns nicht zulassen. Die Konferenz beschloß daraufhin, die Aufnahme Veromanns abzulehnen.

Um Veromanns Pariser Mission

Berlin, 3. Jan. In der Pariser Meldung, daß von französischer Seite mündliche Verhandlungen mit dem Staatssekretär Veromann abgelehnt worden seien, erzählt man von unterrichteter Seite, daß bis zur Stunde keinerlei authentische Mitteilungen über diese Angelegenheit in Paris vorliegen.

Pariser Beurteilung der Reparationsvorschläge

Berlin, 3. Jan. In hiesigen diplomatischen Kreisen beurteilt man die Pariser Nachrichten nach Kenntnisnahme der ver-

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

(Nachdruck verboten.)

19.

Eben wollte sie wieder in's Haus zurück gehen, als sie herannahende Schritte zu erkennen glaubte — die Hand über die Augen haltend, spähte sie dahin. „Er ist es doch nicht,“ murmelte sie, „wenn mich der Rebel nicht ert, ist es gar ein Weiberkeul, das da kommt. Sie geht wirklich auf den Hof zu — was mag die wollen? Mir scheint, sie hat's eilig.“

Sie hatte sich nicht getäuscht; in wenigen Augenblicken stand die Erwartende vor ihr: es war Engel.

Das Mädchen war Judika gar nicht oder höchstens vom stätigen Sehen bekannt, wäre dies aber auch nicht der Fall gewesen, so hätte sie doch Mühe gehabt, dieselbe wieder zu erkennen. Eine mächtige Veränderung war seit den Ereignissen des vergangenen Abends in ihrem Innern vorgegangen und hatte nicht verfehlt, auch der äußeren Erscheinung ihr Gepräge aufzudrücken. Wachend und unter strömenden Tränen hatte sie die Nacht verbracht und vergessens nach einem Auswege gerungen, der sie heraus zu führen vermochte aus der Verwirrung, in die sie so plötzlich geraten war. War doch auf einmal in ihrem bisher so stillen und verborgenen Leben eine Wendung eingetreten, die sie aus dunkler Verborgenheit in das grelle Licht der Öffentlichkeit hinauswühlte und all ihren Wünschen und Hoffnungen für immer ein Ende machte. Und doch war es noch weniger das Geschehene selbst, was sie außer sich brachte, als die Art und Weise, wie es geschehen war. Wohl stand die Möglichkeit eines friedlichen Liebes- und Lebensglückes, von der sie in geheimen, kaum sich selbst gestandenen Augenblicken geträumt hatte, neben ihr gleich einem vom Sturmwind in vollem Bläusen schmutz gebrochenen Baume — dennoch war es ihr ein noch herberer Verlust, daß sie vor so vielen Zeugen, vor der ganzen Heimatsbevölkerung beschimpft und einer Bettelbühne hinterm Saune nachgestellt worden war. Was

half ihr nun ihr so rein bewahrter stedenloser Lebenslauf? Das Geheimnis ihrer Liebe war in schmählicher Weise an den Tag gekommen; der eigene Vater des Geliebten war's, der sie schmähte. Müßten die Leute nicht glauben, daß ihr bisheriges Betragen nur Heuchelei und Betrug gewesen? Müßten sie nicht befürchten, daß mindestens ein Maler an ihrem Rufe hängen bliebe? Welche Mittel zu ihrer Verteidigung standen ihr zu Gebot, einem reichen, angesehenen Ankläger gegenüber, ihr, einem armen Mädchen, einer geringen Dienstmagd, einer Waise, welche der einzige Freund, den sie besaß, gegen diesen Ankläger nicht verteidigen durfte und konnte, weil ihn die Beschuldigung ebenso traf wie sie?

Das Taggeläute, das durch die tiefe Morgendämmerung erscholl, weckte sie aus ihrem Brüten und erinnerte sie, daß sie keinen Augenblick zu veräumen habe. Wenn etwas geschehen sollte, mußte es in der ersten Morgenfrühe getan werden, ehe die Dorfbewohner sich in der Kirche wieder begegneten; wenn sie das gestern Borg-fallene besprachen, müßten sie auch bereits erfahren, wie dasselbe berichtet und gutgemacht worden sei. Sie legte dunkle Kleider an, wie man sie bei Leichenbegängnissen und Trauergottesdiensten zu tragen pflegt; auch das Nieder mit dem Silbergeschwür und dem vieredigen Taler wollte sie weglegen, war es ja doch ein wirklicher Trauergang, zu welchem sie sich rüstete und bei welchem sie jeden Schmuck entbehren wollte; dennoch besann sie sich eines andern, an den vieredigen Taler sollte ja das Glück gebunden sein, und auf diesem Gange bedurte sie vor Allem das Glück.

Sie schlug den Weg zum Himmelmoosherhofe ein, um aber den Kirchgängern zur Frühmesse nicht zu begegnen, trat sie in eine außerhalb des Dorfes an der Straße gelegene Feldkapelle. Hinter der zurückgeschrittenen Tür wartete sie hochklopfenden Herzens, aber gefaßt, den Augenblick der Entscheidung ab.

Sie war bleich, als sie das Ziel ihrer Wanderung erreicht hatte, die roten Rönder der Augenlider verrietten, wie viel Tränen unter ihnen hervorgequollen waren;

dennoch war von ihrer Erscheinung die gewohnte Anmut nicht abgestreift; das erhöhte Feuer ihrer Augen, die Entschlossenheit der fest aufeinandergepreßten Lippen verließen der sonst sanften Miene einen Ausdruck von Festigkeit, der sie vortrefflich kleidete.

Man sah es ihr an, daß sie ihren ganzen Mut zusammengerastet hatte und entschlossen war, nicht unverrichteter Dinge den Ort zu verlassen.

„Gelobt sei Jesus Christus!“ sagte sie, auf die vom Dachvorsprung bedeckte Gräb tretend, und schloß den rotleinenen Regenschirm, die Tropfen von ihm schüttelnd.

Judika erwiderte den Gruß in üblicher Weise und nahm ihr unaufgefordert den Schirm aus der Hand, um ihn seitwärts zum Trocknen auszuspannen. „Du bist früh unterwegs, Dinkel,“ sagte sie dann. „Ist's Dir so, daß Du den ärgsten Regen mit hast abwarten können? Mir kommt's vor, als wenn's lichter werden wollte, dort über den Hübel hin. Willst bloß einsehen im Himmelmoos oder hast ein Geschäft bei uns?“

„Wohl habe ich ein Geschäft,“ erwiderte das Mädchen, „und ein wichtiges obendrein. Ich muß mit dem Bauern reden. Laß mir ihn herauskommen!“

„Du hättest wohl grad' so weit zu ihm hinein, als er heraus,“ sagte Judika, das Mädchen voll Bewunderung über seine kurz angebundene Weise näher betrachtend, „aber ich kann leider Gottes nit aufwarten. Der Bauer ist nicht zu Haus; er ist in die Frühmess' gegangen. Kannst ihn aber wohl abwarten; er soll die Kirchwacht halten während des Hochamts und muß jeden Augenblick kommen. Was hast Du denn so wichtiges abzumachen mit dem Bauern? Jetzt ist es erst, daß Du ganz schwarz angezogen bist, als wenn Du mit der Klag' gingst. Es wird doch nichts Trauriges sein?“

„D nein,“ rief Engel mit schmerzlichem Lachen. „Traurig ist es höchstens für mich, und das schwarze Gewand bedeutet nur, daß ich mir am liebsten selber mit der Leich' geh'n müßte.“

(Fortsetzung folgt.)

schon in Paris vorgelegten Vorschläge nach wie vor sehr ernst. Der französische Vorschlag scheint amtlichen Kreisen kaum eine Möglichkeit zu bieten, im Wege der Verhandlungen irgend welche praktischen Ergebnisse zu erzielen, obwohl auch er gegenüber den bisherigen Entwürfen, die man aus Frankreich hätte, eine gewisse allgemeine minimale Milderung erkennen läßt. Zu dem englischen Vorschlag glaubt man allgemein, daß er ernstlicher Betrachtung in jeder Hinsicht wert ist. Der Vorschlag, einen Finanzrat unter dem Vorsitz Deutschlands für alle wichtigen Fragen zu bilden, erscheint als eine Verhandlungsgrundlage durchaus möglich. Bedauernd wird bei dem englischen Vorschlag nur, daß die Frist, innerhalb derer Deutschland Leistungen im Reparationswege zu vollbringen haben würde, wesentlich länger laufe, als dies bei dem sehr wohl überlegten deutschen Vorschlag der Fall ist. In welcher Weise die Berliner Regierung zu der nunmehr geschaffenen recht verworrenen Lage Stellung nehmen wird, steht noch nicht fest.

Zus Ergebnis des ersten Pariser Konferenztages.
Paris, 3. Jan. In den französischen ministeriellen und politischen Kreisen herrscht eine an Bestürzung grenzende Verblüffung über den englischen Reparationsplan. Der Abstand zwischen dem französischen und englischen Reparationsvorschlag scheint so ungeheuerlich groß, daß selbst die erfahrensten politischen Kompromittier vorläufig keine Möglichkeit einer mittleren Linie sehen. Darüber hinaus erweist sich die politische Situation Frankreichs auf der Konferenz noch viel ungünstiger, als man je erwartet hatte. Auch der italienische Vorschlag weicht von dem französischen in allen entscheidenden Punkten unvereinbar ab und von den Belgiern weiß man, daß sie nur vermitteln, nicht Partei ergreifen wollen. Den stärksten Eindruck hat hier die Auffassung und weitgehende Übereinstimmung zwischen England und Amerika gemacht, die so weit gehen, daß Bonar Law die Hughes'sche Anregung eines internationalen Schiedsgerichtes in sein Programm hineingearbeitet hat. Man kann noch gar nicht übersehen, wie sehr manche deutschen Argumente durch das Programm Bonar Laws beseitigt und bestätigt werden. Besonders das Kreditargument Cunos und seine Forderung, die Reparationen als reines Wirtschaft- und Geschäftsproblem zu behandeln, wie ihn Bonar Law vorschlägt, stehen fast mit den gleichen Worten wieder.

Mussolini's Vorschlag.
Paris, 3. Jan. Nach dem der Konferenz vorgelegten italienischen Reparationsplan soll Deutschlands Schuld auf 50 Milliarden herabgesetzt und ferner ein Moratorium von 2 Jahren gegen Pfänder gewährt werden. Deutschland soll in kürzester Frist eine Anleihe von 3 Milliarden Goldmark abschließen, von denen ein Teil zur Stabilisierung der Mark und der deutschen Wirtschaft verwendet werden soll.

Poincaré gegen den englischen Plan.
London, 3. Jan. Die „Daily Mail“ meldet aus Paris, die britische Delegation sei offiziell darauf aufmerksam gemacht worden, daß Poincaré nicht in der Lage sei, den englischen Plan auch nur als Grundlage zur Erörterung anzunehmen. Die Lage sei ernst und verwickelt. Auf der Zusammenkunft der britischen Delegation würde erwogen, ob der französische Plan durch Änderungen für die britische Regierung annehmbar gemacht werden könne.

Italienisches über die Pariser Konferenz.
Rom, 3. Jan. In politischen Kreisen glaubt man, die Konferenz von Paris werde bald auseinandergehen, um den Kabinetten Zeit zu einer Stellungnahme zu lassen. Man beurteilt im allgemeinen die Lage zwar sehr ernst, aber doch nicht aussichtslos.

Heiße Lage in Lausanne.
Konstantinopel, 3. Jan. In semitürkischen Kreisen erklärt man, daß man sich auf einen Abbruch der Lausanner Konferenz gefaßt machen müßte. Man betont, daß sich die Türkei auf keine neue Konferenz einlassen würde, da die türkische öffentliche Meinung empört sei über die jegliche Verschleppung der Verhandlungen in Lausanne. Die maßgebenden Kreise Angoras seien pessimistischer als je zuvor.

Württemberg

Stuttgart, 3. Jan. Ein Sparkommissar bei der Reichspost. Ministerialrat Sauer, früher im Ministerium der auswärtigen Verkehrsbeziehungen in Stuttgart, ist vom neuen Reichspostminister zum Sparkommissar ernannt worden.

Das Württ. Schulwesen soll, die seit 13 Jahren von Schulrat a. D. Schürer in Bad Boll geleitete und in der Chr. Besslerschen Verlagsbuchhandlung Stuttgart erscheinende bekannte Zeitschrift, hat nach 74-jährigem Bestehen mit Ende des Jahres sein Erscheinen einstellen müssen.

Tübingen, 3. Jan. Schlatters Nachfolger. Die evang.-theol. Fakultät und der akademische Senat der Landesuniversität haben beschlossen, auf den erledigten Lehrstuhl des Professors D. Schlatter den linksrationalen Professor Heilmüller in Bonn zu berufen und die Regierung soll dieser Berufung nicht unsympathisch gegenüberstehen. Dagegen hat aber die Evang. Oberkirchenbehörde einstimmig entschiedenen Einspruch erhoben.

Tübingen, 3. Jan. Der städt. Haushalt schließt mit einem Abmangel von 31,75 Mill. Mk. ab. Die Gesamteinnahmen betragen sich auf 113,5 Mill. Mk. während die Ausgaben 145,5 Mill. Mk. betragen. Der Abmangel wird durch eine Umlage von 35 Prozent der Kataster gedeckt. Für die Schulen hat die Stadt über 12 Millionen Mark aufzubringen. — Bei der Sammelstelle der Kriegsblinden sind im ganzen 259 500 Mark eingegangen.

Stuttgart, 3. Jan. Gefährter Verbrecher. Ein 17-jähriger Bursche drang am hellen Tag in eine Wohnung in Heselach ein und verlegte ein allein dort anwesendes Mädchen von 10 Jahren durch mehrere Messerschläge. Auf die Hilferufe sprang der Bursche durchs Fenster aus dem 2. Stock in den Hof hinab; im Keller, wohin er stürzte, konnte er gefaßt werden.

Neuler, O. A. Ellwangen, 3. Jan. Grober Unfug. In der Silvesternacht wurde in unserem Ort mit Dynamitpatronen geschossen. Der Knall war jedesmal furchtbar. Wie durch ein Wunder ist kein Menschenleben zu beklagen. Dagegen wurden verschiedene Fenster zertrümmert und ein Schuftenster zertrümmert. Der Schaden soll über 100 000 Mark betragen.

Wangen i. A., 3. Jan. Altershilfe. Die Direktion

der „Elektrizitätswerke der Argon“ hat einer Anzahl von Altersrentnern und sonstigen Bedürftigen in den Städten Wangen, Isny und Leutkirch den Strompreis für elektrisches Licht bis zu 50 Prozent ermäßigt.

Notiales.

Wildbad, den 4. Jan. 1923.

Fremdenverkehr und Sport. Außer den zahlreichen Anfragen aus Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Ludwigs-hafen u. aus diesem hiesigen Fußballverein wegen Wettspielen, womit jedesmal ein Besuch unserer Badestadt verbunden werden soll, hat der F. B. nun auch eine solche von dem F. C. Gold a Roi, Wilh. Luxemburg für Ostern erhalten. Ob der hiesige Verein die luxemburger Sportfreunde empfangen wird, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls wird hier aber nicht das ein Grund zur Absage sein, daß etwa der Sportplatz den hiesigen Spielern zu weit ist, wie jener Schreiber des Artikels „Wahlbetrachtungen“ vermutet, sondern der Ausfall an Plazeeinnahmen durch die weite Entfernung des Plazes. Im Gegensatz zu dem Ausfall an Plazeeinnahmen möchte ich nun dem oben erwähnten Artikelschreiber empfehlen, an berufener Stelle sich auch über die Auslagen zu orientieren, die bei jedem Wettspiel entstehen, ehe er einen Verein durch derartige Schreibererei in seinem ohnedies schon gehemmten Vorwärtkommen weiterhin eintrübt. Für Wildbad als Badeplatz wäre es keine Reflektion, wenn der Fußballverein den Luxemburgern in diesem Falle abschreiben müßte.

Arztliche Versorgung des notleidenden Mittelstands. Die Hauptleitung für Wohltätigkeit in Württemberg hat mit dem Württ. Ärzteverband eine Vereinbarung getroffen, daß die seit September in Stuttgart bestehende Einrichtung der verbilligten ärztlichen Versorgung der Kleinrentner und Mittelständler, die sich gut bewährt hat, vom 1. Januar 1923 ab auf das ganze Land übertragen wird. Die Mitglieder des Württ. Ärzteverbands übernehmen die Behandlung derjenigen Kleinrentner und Mittelstandsangehörigen, die unter die Kleinrentnerfürsorge oder Mittelstandsnothilfe fallen und mit einem entsprechenden Ausweis versehen sind. Die Bezahlung erfolgt nach den Mindesthöhen der staatlichen Gebührenordnung zuzüglich der jeweiligen Teuerungszuschläge. An den Kosten haben die Erkrankten ein Drittel zu tragen, während die Kleinrentnerfürsorge und Mittelstands-Nothilfe zwei Drittel übernehmen.

Wohnungsbau. Nach dem Bericht der Landesbauingenieur-schaft württ. Verkehrsbeamter und Arbeiter, die im Jahr 1921 gegründet wurde, sind bis Ende des Jahres 1922 mit Reichs-, Staats- und Gemeindeunterstützung an verschiedenen Plätzen des Landes 46 Miets- und 131 Erwerbshäuser mit zusammen 266 Wohnungen fertiggestellt worden, im Bau begriffen sind 9 Miets- und 11 Erwerbshäuser mit 71 Wohnungen; für 1923 sind 3 Mietshäuser mit 21 Wohnungen geplant.

50prozentige Erhöhung der Druckpreise. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Tarifkommission des deutschen Buchdruckerwerkes hat für die ersten beiden Wochen des Monats Januar eine Lohnerhöhung auf 18 000 Mk. für die folgenden beiden Wochen auf 21 000 Mk. für die Woche in den obersten Löhnen beschlossen. Die Lohnerhöhung in Verbindung mit der weiteren Steigerung der Preise für alle Materialien hat eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 50 Prozent erforderlich gemacht.

Die unerbilligte Reichspost. Die Bitte des Landesverbandes Niedersachsen des Deutschen Ärzteverbands um Befreiung von der am 1. Januar einsetzenden Verteuerung der Fernsprechgelder ist vom Reichspostminister abgelehnt worden.

Großgüterwagen für den Massenverkehr. Nach dem Vorbild in Amerika sollen auch bei der Reichsbahn in nächster Zeit Großgüterwagen mit 1000 Zentner Ladegewicht für den Massenverkehr eingeführt werden. Die Wagen sind mit Selbstladevorrichtung, Luftdruckbremse und verlockweise mit Mittelpufferkupplung versehen. Wegen des höheren Radradius wird die Einführung der Wagen aber eine Nachprüfung und etwaige Verstärkung des Schienenoberbaus und der Brücken nötig machen.

Allerlei

General von Einem 70 Jahre. Am 1. Januar vollendete Generaloberst Karl von Einem in Münster i. Westf. sein 70. Lebensjahr. General von Einem ist einer der erfolgreichsten Führer des großen Kriegs. Als General der Kavallerie führte er das 7. Armeekorps im Verband der Armee Klud siegreich durch Belgien. Schon im September 1914 wurde er Oberbefehlshaber der 3. Armee. Als solcher hat er sich in der großen Winterschlacht in der Champagne im Februar 1915 ausgezeichnet, wo er sich gegen sechsfache Uebermacht siegreich behauptete. In den folgenden Jahren schlug er alle französischen Durchbruchversuche ab. Auch in den letzten Feldkämpfen des deutschen Heers nahm Einem hervorragenden Anteil.

Ein Wohltäter. Der Deutschamerikaner Rehahn hat in sechs Wochen für sein Heimatland Bayern und München 11 Millionen Mark gesammelt. 6 Millionen wurden für Weihnachtsgaben an Bedürftige, und 5 Millionen für wohltätige Vereine verwendet.

Kein Oktoberfest 1923. Wegen der wüsten Ausartungen beim letzten Oktoberfest hat die bayerische Regierung dem Münchner Stadtrat vorgeschlagen, im Jahr 1923 kein Oktoberfest abzuhalten.

Das Goetheaneum abgebrannt. In Dornach bei Basel hatte der bekannte Anthroposoph Dr. Steiner einen großen Bau für seine Vortragsversammlungen und ähnliche Zwecke erstellt, das sogenannte Goetheaneum. In der Neujahrsnacht hielt Dr. Steiner noch einen Vortrag im großen Kuppelraum. Kurz nach 10 Uhr, als die letzten Besucher eben den Bau verlassen hatten, brach auf einer Seite Feuer aus, das um Mitternacht mit riesiger Flamme die Kuppel durchbrach. Der ganze Vortragsbau ist vernichtet; die benachbarten Gebäulichkeiten konnten gerettet werden. Der Bau war staatl. versichert. Er soll alsbald wieder aufgerichtet werden.

Markthallenstreik in Berlin. Der Streik der Lebensmittelhändler in der Berliner Hauptmarkthalle hat größeren Umfang angenommen, als erwartet wurde; auch die Wegger haben ihre Stände geschlossen und die Zahl der Streikenden beträgt etwa 2000. Offen sind nur noch der städtische Verkaufstand und die Stände einiger Fischhändler. Die Händler verlangen die Herabsetzung der übermäßigen Standgebühren. Sie machen geltend, daß das Publikum wohl

über hohe Marktpreise klagt, aber nicht bedenkt, mit welchen Abgaben der Verkauf belastet sei. Dem Streik wollen sich auch die Händler in den anderen öffentlichen Markthallen anschließen.

Mieterstreik. Der Mieterschutzverband Velpzig hat beschlossen, gegen den festgesetzten Zuschlag von 4100 Mark zur Grundmiete in den Streik zu treten und die Mietzahlung solange zu verweigern, bis die hohen Zuschläge bedeutend herabgesetzt werden.

Der Sylter Damm, der die bekannte Nordsee-Insel Sylt mit dem (deutschen) nord-schleswigschen Festland verbinden soll, wird nunmehr zur Ausführung kommen. Der Damm wird an der Sohle eine Breite von 53 Metern, an der gepflasterten Oberfläche von 11 Metern haben und so gebaut sein, daß er auch den schwersten Stürmen standhält. Für den Bahnverkehr wird ein Gleis eingebaut. Durch den Dammbau wird der Reiseverkehr über die leider dem dänischen Staat Ländern wegfallen und diese Stadt, die überwiegend deutsch ist, wird in wirtschaftlicher Hinsicht erheblich zu leiden haben, aber andererseits war es nötig, den Verkehr von den dänischen Schifanen zu befreien. Der Bau wird zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen.

Wärme auf Island. Aus Akuregri, der kleinen Hauptstadt Nord-Islands, melden die jüngsten Mitteilungen ein seit Wochen andauerndes, ungewöhnlich mildes Winterwetter mit Tageswärme bis zu 16 Grad Celsius und Nachttemperatur bis neun Grad unter Null. Man bringt dies dort in Zusammenhang mit neuerlichen großen Vulkanausbrüchen im innern isländischen Hochland. Die Ausbrüche sind noch unbekannt; man vermutet sie im südlichen Ösdahraun, der von dem Kölner Heinrich Erkes von 1907 bis 1913 auf vier Reisen durchforschten „Mistatenuwüste“, oder vielleicht unter dem angrenzenden gewaltigen Binnensee „Batnajökull“. Eine Expedition, die ein Amerikaner mit Namen Hall mit Erkes' isländischem Führer Boaleifer Sigurd Sumarsdalson unternahm, konnte nur bis in die Nähe des erloschenen Schildov-Trösladngsa in Ösdahraun, den Erkes 1910 besichtig, vordringen und mußte einwilligen erfolglos nach Akuregri zurückzukehren.

Schulbücher zum Verleihen. In Preußen sollen sogenannte Hilfsbüchereien eingeführt werden, aus deren Beständen an Kinder minderbemittelter Eltern Schulbücher gegebenenfalls gegen eine mäßige Entschädigung verliehen werden sollen.

Hilfswert für die evang. Presse. Vom 28. Januar bis 11. Februar wird unter Mitwirkung der Landeskirchen ein zweites Hilfswert für das evang. Schrifttum in ganz Deutschland veranstaltet.

Werbungskosten der Akademiker. Bei der Anerkennung von Werbungskosten von Akademikern werden von den verschiedenen Finanzämtern oft ganz abweichende Standpunkte eingenommen. Es interessiert daher, daß auf Grund von Verhandlungen zwischen Universität und Finanzämtern in München für 1921 — vorbehaltlich von Abweichungen in besonderen Fällen — folgende Sätze anerkannt sind: 1. Kosten für das Arbeitszimmer samt Möbelabnutzung 1000 M. 2. Beheizung und Beleuchtung des Arbeitszimmers 1800 M. 3. Bedienung und Reinigung 900 M. 4. Kosten für wissenschaftliche Bücher und Zeitschriften 4000 M. 5. Kostenbeitrag zum Fernsprecher 700 M. 6. Abnutzung der Arbeitskleidung 700 M. 7. Beiträge zu beruflichen Verbänden und wissenschaftlichen Vereinen 600 M. 8. Schreibmaterialienabnutzung 800 M. 9. Schreibmaterialien und Porto für beruflichen Schriftwechsel 700 M. 10. wo in Betracht kommend, Kosten für Straßenbahn 800 M. Summa 11 200 bzw. 12 000 M. Für 1922 erhöhen sich natürlich diese Sätze entsprechend der fortgeschrittenen Geldentwertung.

Der Hauptgewinn der Sparprämienanleihe in Höhe von einer Million Mark ist auf Gruppe 1324 Nr. 135 gefallen.

Sport. Die deutsche Fußballmannschaft, die am 1. Januar in Holland erstmals gegen die Nationalmannschaft von Italien in die Schranken trat, ist nach einer jeden eingegangenen Nachricht 3:1 geschlagen worden.

Sehr, sehr. Wer heute zu den neuzeitlichen Menschen gehören will, muß unbedingt über einen gewissen Vorrat besonderer Redensarten verfügen und sie so oft wie möglich anwenden. Dazu gehören z. B.: „Lehten Endes“, „Kolossal“, „Ich bin im Bilde“, „So siehst du aus“, „Das durfte nicht kommen“ usw. Damit ist aber der höchste Grad der Vollkommenheit noch nicht erreicht. Wer ganz vornehm sein und die feinste Seelenstimme wiedergeben will, der muß die „Sehr, sehr-Sprache“ reden. Vorläufig beherrschen sie hauptsächlich erst noch die Damen, und ihre fruchtbarste Pflanzstätte sind die Konfektionshäuser, in deren sinnberauschender Fülle und Pracht, vereint mit den herrlichsten „Stil“-Schöpfungen, sie am besten gedeiht. Dort kann man täglich viele duzendmal hören: „Das Kostüm sieht anständiger Frau sehr, sehr gut!“, „Fräulein sehen in dem Mantel sehr, sehr entzückend aus!“, „Hier habe ich noch etwas sehr, sehr Elegantes!“, „Diese Farbe finde ich für Fräulein Tochter sehr, sehr reizend!“ In der „Gesellschaft“ kann man auch hören: „Die Elsa im Lobengrin war gestern abend sehr, sehr bei der Stimme!“, „Ach ja, Ihre Tochter ist ein sehr, sehr liebes Ding!“ (in der vornehmen Welt sind Töchter immer Dinge). „Es hat mich sehr, sehr gefreut, Sie wiederzusehen!“ und dergleichen. Allmählich wird nichts mehr vor dieser geistreichen Sprosserfindung unverleht bleiben, und ein neuer Ismus, der Sehrismus, durch die Lande ziehen. Er mag sich dann austoben, bis „Lehter Endes“ auch diese Kulturerscheinung von einer andern abgeleht und verdrängt wird.

Ziegel oder Kohle. Die Brennstoffnot, in der Deutschland so lange bleiben wird, wie die Feinde im Besitz unserer wertvollsten Kohlengruben sind, und solange wie sie noch beliebige Mengen Kohle aus den Ruhrgruben erpressen können, zwingt uns, alle Mittel zu benutzen, um unseren Bedarf an Brennstoffen anderweit zu decken. Können wir dann noch ohne Aufwand von Brennstoffen Ziegel herstellen, so ersparen wir eine immerhin wertvolle Menge Brennstoffe. Durch neuere Forschungen über die Verwertung des deutschen Deleschiers ist nun nach der „Bauteil“ (Berlin) der Weg gefunden, einwandfreie Ziegel zu gewinnen und noch Schiefer als Nebenerzeugnis zu erhalten. Deleschier sind in vielen Teilen Deutschlands vorhanden und liegen meist so hoch, daß sie im Tagebau ausgebeutet werden können. Genauer festgestellt sind sie in Hannover, Westfalen, Hessen, Braunschweig, Lippe-Deimeld, Württemberg, Baden. Allein die Deleschier der Schanefeldener-Wähe und der bei Braunschweig könnten den Mineralabverbrauch Deutschlands auf 25 bis 30 Jahre decken. An der wirtschaftlichen Verwendung des Deleschiers ist lange gearbeitet worden. Der Deleschier ist jedoch so gering, daß die Auswertung unmöglich war, so lange die Verfügung über unseren Landbesitz vor 1914 uns den Erwerb amerikanischer und russischer Deis erlaubte. Die Arbeit wurde dabei während des Kriegs mit erhöhtem Eifer fortgesetzt und

führte den Präsidenten der preussischen geologischen Landesanstalt, Geh. Oberbergamt Benckelag, und Professor Dr. Baunzen zur Auffindung eines wirtschaftlichen Ausnutzungsfahrens. Dies besteht darin, daß nach geeigneter Aufbereitung aus dem Delschiefer Formlinge gepreßt werden, die, in einen Ziegelofen gesetzt, sich selber mit dem in ihnen enthaltenen Öl brennen. Da die entstehende Wärme höher ist, als es für das Brennen der Ziegel nötig wäre, so hat man die Wahl, ob man dem Delschiefer noch Lehm zusetzen und also mehr Steine gewinnen, oder ob man einen Teil des Dels durch Schwelgen abdampfen und so Öl gewinnen will. Das Verfahren ist über die Laboratoriumsversuche hinaus. Es ist aber keineswegs ohne weiteres anzuwenden, sondern erfordert genaue Kenntnisse. Sind diese erworben, so wird es auch in Gegenden mit Delschiefer möglich sein, die vorhandenen Ziegeln zur Herstellung von Ziegeln ohne ein Pfund Kohlen zu verwenden. Die Steine sind vollkommen einwandfrei. Einige Muster zeigten auch eine schöne, ziemlich helle, hochrote Farbe.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs am 3. Januar 7543,80 (7288,65).
 1 Pfund Sterling 34663,10 M., 100 holl. Gulden 290 250 M., 100 Schweizer Franken 142 891 M., 100 französl. Franken 55 111 M., 100 Italien. Lire 38 403 M., 100 österr. Kronen 10,62, 100 tschech. Kronen 22 693 M., 100 poln. Mark 41 M.
 Die polnische Währung in Ost-Oberschlesien. Die polnische Regierung hat das Währungsabkommen für Oberschlesien zum 1. Nov. d. J. gekündigt. In einer Warschauer Meldung war als Termin für die Einführung der polnischen Währung in Ost-Oberschlesien der 1. Januar bezeichnet.
 Die Geschehnisse gegen den wilden Edelmetallhandel sind derzeit in Bearbeitung. Der Handel soll künftig an Erlaubnisbriefe gebunden sein. Wichtig wäre, die Betrüger, die in Scharen vom Ausland kommen, ins Reich nicht hereinzulassen. Der wilde Handel wird u. a. auch dadurch begünstigt, daß das Reich für das Gold einen viel zu niedrigen Preis bezahlt. Ein Finanzmarktstück hat je nach dem Kurs einen Wert von 30 bis 36 000 M., während das Reich nur 20 000 M. bezahlt.
 Der Weizenmehlspreis Spezial 0 wurde von der Sächs. Mühlvereinsvereinigung von 56 300 auf 55 600 M. ermäßigt.

Stuttgarter Börse, 3. Jan. Die Börse hat das neue Jahr in freundlicher Stimmung begonnen. Es lag wieder eine große Zahl von Kaufaufträgen vor, wogegen die Verkäufe der zum Verkauf gelangenden Ware recht unbedeutend waren. Das Publikum scheint, solange neuere Nachrichten von der hohen Politik nicht vorliegen, an keinem Effektenbesitz festhalten zu wollen. Einzelne Werte haben kleinere Rückgänge aufzuweisen, im allgemeinen jedoch befanden sich die Kursveränderungen in der Mehrheit der Wertpapiere innerhalb verhältnismäßig recht unregelmäßig. — Bankaktien: Vereinsbank 2030 (1925), Bankakt. 1425 (1350), Hypothekendarbank 750, Rosenbank 4800 (4100), Brauererwerte: Ravensburg 1000, Walle 2100 (1950), Pfauen 1000, Reitenmeyer 2000, Hohenjoller 2800 (2900), Eßlinger 1300. Metallaktien: Feinmechanik 23 000, Hohner 11 000 (12 000), Langhans 4000, Metallwaren 10 900. Maschinenwerke: Daimler 4400, Laur-heimer 11 000, Eßlinger 6000, Selter 4500, Nechardulmer 4100 (4200). Spinnereaktien: Erlangen 8000 (7600), Unterbaun 9500 (9400), Röh-Schle 10 000 (8000), Wetzlar 15 000 (17 000), Pfersee 8000 (7000), Kottner 7500 (7000), Ruchen 8000

(8000), Filz 7100 (8000), Koffin 8200 (7800), Leinwandstücke 12 000 (10 000). — Uebriue Werte: Anilin 9000 (10 100), Seibebberger Zement 7800 (8000), Krumm 2200 (2300), Röh-Noffw, 10 850 (10 100), Holzwerk Seilbrunn 21 000 (20 000), Stuttgarter Zucker 6400 (8000), Transport 2000, Ziegelwerke 8000 (7000).
 Württ. Vereinsbank.

Wärkte

Stuttgarter 3. Jan. Schlachtrichmarkt. Dem am Mittwoch abgehaltenen Markt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 13 Ochsen, 6 Bullen, 24 Innobullen, 35 Juniarinder, 24 Kühe, 72 Kälber, 32 Schweine. Alles wurde verkauft. Ersts aus je 1 Nr. Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte 42 000—45 000 M., 2. Sorte 30 000—39 000 M., Bullen 1. Sorte 37 500—40 000 M., 2. Sorte 32 000—35 000 M., Juniarinder 1. Sorte 43 000—46 000 M., 2. Sorte 33 000—41 000 M., 3. Sorte 30 000—36 000 M., Kühe 1. Sorte 32 000—36 000 M., 2. Sorte 25 000—31 000 M., 3. Sorte 17 000 bis 23 000 M., Kälber 1. Sorte 60 000—63 000 M., 2. Sorte 62 500 bis 65 000 M., Schweine 1. Sorte 65 000—68 000 M., 2. Sorte 62 500 bis 65 000 M., Berlin des Marktes, abnorm geringe Zufuhr.

Mannheimer Schlachtrich- und Pferdemarkt vom 2. Jan. Zum heutigen Schlachtrichmarkt waren anwesend: 181 Ochsen, 129 Bullen, 637 Kühe und Rinder, 384 Kälber, 86 Schafe und 698 Schweine. Bezahlt wurde für 50 Rilo Lebendgewicht für: Ochsen 32—56 000 M., Bullen 32—48 000 M., Kühe und Rinder 28—56 000 M., Kälber 60—70 000 M., Schafe 26—30 000 M., Schweine 65—76 000 M., Sauen, das Stück 64—70 000 M. Haltung: mit Großvieh ruhig, langsam geräumt, Kälbern und Schafen lebhaft, ausverkauft, mit Schweinen mittel-niedrig geräumt. — Am Pferdemarkt betrug der Verkehr: 10 Wagenpferde, 227 Arbeitpferde und 85 Schlachtpferde. Bezahlt wurde das Stück: Wagenpferde 500 000—1 000 000 Mark, Arbeitpferde 250—300 000 M. und Schlachtpferde 80 000—200 000 M. Der Handel war in allen drei Gattungen lebhaft.

Neußlingen, 2. Jan. Die Fruchtmarktans naherte am Samstag folgende Zensurpreise: Weizen (verkauft 20,32 Zentner) 17 000—20 000 M., Gerste (34,75) 13 500—15 500 M., Haber (40,91) 10 200—13 500 M., Anierländer Dinkel (5,84) 16 000—18 100 M., Roggen (1,46) 14 000 M., Linen (2,50) 22 000 M.

Ravensburg, 3. Jan. Die Fruchtmarktans naherte am Samstag folgende Doppelzensurpreise: Weizen (verkauft 31,5 D.) 32 384 bis 36 181 M., Dinkel (Reifen) 28 D., 24 600—26 400 M., Roggen (16,5 D.) 25 000 bis 26 000 M., Gerste (22,5) 20 000 bis 27 000 M., alter Haber (108 D.) 24 300—25 900 M.

Rebhandelsbericht aus Württemberg

Der Weinbau* berichtet: Im letzten Bericht war angegeben, daß auf Weinversteigerungen der Preis für ein Eimer (300 Liter) heutigen Weins 80 000 M. überschritten habe. Inzwischen haben weitere Weinverkäufe ganz erheblich die Preise höher bekannt werden lassen. So erzielte das Größt. Adelmännische Weingut Kleinbottwar bis zu 90 000 M., die herzogl. Rentkammer für Eisinger bis zu 180 000 M. und die Freiherrl. v. Weillersche Weingüterverwaltung (für Ruländer und Traminer) bis zu 192 000 M. Weitauß der größte Teil des heutigen Weingewinns ist in die Hände des Handels übergegangen und es wäre töricht, zu glauben, daß aller Wein im Lande geblieben sei und im Lande getrunken werde. Wer weiß, wo der begehrte Schwabenwein seine Wiederverwertung erlebt! Erledigte Mengen werden im Schnapsglas in den Verkauf kommen. Im übrigen wurde versucht, durch Zuckung das nachzuholen, was die Sonne verdammt hat; die Gärung der ungezuckerten und leichtgezuckerten Weine verlief rasch. Manche im Herbst als „Schiller“ bewertete Weine entpuppten sich mehr und mehr als etwas hochfarbige Weisweine; Rotweine mit gedeckter Farbe sind selten. Im Geschmack ist der heutige im allgemeinen

reinlich, nur allermest kurz. Er entwickelt sich besser, als man anseheits der niederen Mostgewichte annehmen mußte. Seine Reifung zum Brauen wird durch geeignete Vorkehrungen beim Ablassen zu beschleunigen sein. Das vorwiegend wisse Wetter der Monate November und Dezember war der Vorname der Weinbergarbeiten nicht förderlich; mit dem Fehlschnehen und Niederlegen der Reben kam man lange hinaus. Die vielerorts beobachtete mangelhafte Holzreise nötigte zu einem besonders sorgfältigen Winterschutz.

Der Verleugungsversuch eines Spions. Anfangs dieses Jahres wurde der Ingenieur Karl Hackenbruch wegen Spionage im Dienst Frankreichs verhaftet und ins Gefängnis nach Heidelberg gebracht. Bald darauf wurde ein Versuch gemacht, den Verräter zu befreien, indem der Gefängnisinspektor mit 100 000 Mark bestochen wurde. Die Flucht mißlang, weil der Bestochene just vor der Ausführung verhaftet wurde. Neuerdings wurde ein neuer Befreiungsversuch gemacht. Die Frau des Hackenbruch hatte wieder einen Aufseher bestochen, und als sie auch einen Kriminalbeamten in der Pfalz mit 100 000 Mark bestochen wollte, veranlaßte dieser die Verhaftung des Weibs. Interessant sind nun besonders folgende Feststellungen der Voruntersuchung: Die Fäden des ganzen Komplotts gehen vom Stab des Oberkommissars der feindlichen Rheinlandkommission für die Pfalz, General de Reij (!) in Speyer aus. Der zweite Fluchtplan wurde am 5. Dezember in der Wohnung des Hauptmanns Gellin, des Nachrichtenoffiziers im Stab des Generals, zugleich Militärstaatsanwalt beim französischen Militärpolizeigericht in Speyer, in Anwesenheit der Frau Hackenbruch festgelegt. Die Frau des Gellin hatte zugleich eine heizende Flüssigkeit zu besorgen, mit der Hackenbruch bei seiner Flucht aus dem Gefängnis sich ihm entgegenstellende Personen unschädlich machen sollte. Die Flüssigkeit sollte dem Spionen durch den bestochenen Aufseher, der ihm die Schlüssel zur Flucht schon verschafft hatte, zuteilen. Die Summen für die Befreiung und sonstige Unkosten lieferte Hauptmann Gellin. Sie werden ja ohne Zweifel unter „Befreiungskosten“ verzeichnet. Die verhaftete Frau Hackenbruch hat ein volles Geständnis abgelegt.

Ein Schurkenreich wurde am Tag vor Weihnachten in der Steinzeugfabrik Friedrichsfeld bei Mannheim verübt. Die Fabrik läßt in einer besonderen Küche für die Angestellten und Arbeiter Kaffee kochen. Ein Unbekannter goß nun etwa 5 Liter Salzsäure, die zur Reinigung der Badewannen benötigt werden sollte, in den Kaffeeschüssel. Zum Glück tranken in der fraglichen Nacht die Arbeiter keinen Kaffee, sonst hätten die Feiertage für manche Familie Trauertage werden können.

Wetter-Bericht

Die Störungen haben von Nordwesten her sich neuerdings vermindert, der Hochdruck ist vom Kontinent fast vollständig verschwunden. Am Freitag und Samstag ist weiterhin meist bedecktes, viel-sach regnerisches und stürmisches Wetter zu erwarten.

Kleine Anzeigen haben im „Bildbader Tagblatt“ den besten Erfolg.

Bürgerernutzung betr.

Da die Holzgeldfrage in der Einwohnerschaft zur Erörterung steht, dürfte es zweckmäßig sein, die für die Anstaltung der Bürgerernutzung geltenden wichtigeren Bestimmungen wieder bekannt zu machen.

Bei Einführung der Gemeindefachensumlage im Jahre 1876, 77 erhob die Forstdirektion gegen die Anstaltung der Bürgerernutzung Einspruch. Nach längeren Verhandlungen wurde die Aufrechterhaltung der Bürgerernutzung durch die Erlasse des Ministeriums des Innern vom 7. April 1879, 10. Januar 1882 und 22. Juli 1882 unter folgenden Bedingungen gestattet:

1) Bei Berechnung der Geldentschädigung für die Bürgerholzabgabe dürfen nur die Scheiterpreise zu Grunde gelegt werden. Außer dem Maximum, welches die jeweiligen Preise von 665 Portionen à 18 Nm. = 10890 Nm. tannene Scheiter (jezt 750 Portionen à 14 1/2 Nm.) ergeben, ist aber ein weiteres Maximum gegeben, in dem Erlöse für den festgesetzten Gesamttrag des Gerechtigkeitwaldes (3500 Morgen) mit 5143 Fm.

2) Beträgt im einzelnen Jahre der Reinertrag aus 5143 Fm. Holz mehr als der Wert von 10890 Nm. Scheiterholz, so fließt der Mehretrag in die Stadtkasse zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse, beträgt derselbe weniger, so ist die Bürgerholzabgabe entsprechend zu kürzen.

3) Der Anspruch eines Bürgers auf 18 Nm. Scheiterholz ist fallen zu lassen, also auf eine Naturalholzabgabe zu verzichten.

4) Zur Berechnung der Bürgerernutzung ist immer das Erträgnis des Vorjahres zu verwenden (also für die Bürgerernutzung pro 1922/23 das Erträgnis pro 1921/22 u. s. f.).

Diese Bestimmungen sind bei Anstaltung der Bürgerernutzung einzuhalten. Die Verteilung von Holz in natura ist also ausgeschlossen und es besteht keine Möglichkeit, die Genehmigung der Regierung hiezu wieder zu bekommen.

Weiter geht aus Obigem hervor, daß die erzielten Scheiterholzpreise für die Berechnung der Nutzung in erster Linie maßgebend sind. Wird nun wie in den letzten Jahren der ganze Brennholzfall an die Einwohnerschaft verlost und zu ermäßigten Preisen abgegeben, so sind diese Preise für die Nutzung maßgebend und die Folge ist, daß die Nutzung sich entsprechend niedriger berechnet.

Die Verlosung des ganzen Brennholzalles an die Einwohnerschaft zu ermäßigten Preisen geschah bisher aus sozialen Gründen. Gerade die Vertreter der Arbeiterschaft haben dieselbe warm befürwortet. Würde der ganze Brennholzfall öffentlich versteigert, so würde sich unter Umständen die Nutzung selbstverständlich beträchtlich höher berechnen. Was wäre aber die Folge? Die Einwohner (auch die Nutzungsbürger) müßten sich ihr Holz zu hohen Preisen (jezt 10—15000 M.) ersteigern und würden selbst da kaum Holz bekommen, oder der eine Teil der Einwohnerschaft müßte für sein 3 Nm. 30—50000 M. (je nach Qualität) bezahlen, damit der andere Teil eine recht hohe Nutzung ausbezahlt erhält.

Ferner ist zu erwähnen, daß die umfangreichen Holz-hauer-, Kultur- und Bebauarbeiten im Walde im Interesse unserer Arbeiter am Erträgnis des Waldes und damit an der Bürgerernutzung ebenfalls absehen. (Zur Zeit hat die Stadtpflege für einen Stägigen Jahrtag 1 1/2 Millionen auszugeben. Das sind im Jahre ca. 75 Millionen).

Das Rezept zur Erhöhung der Nutzung wäre also: Versteigerung des ganzen Brennholzalles im Aufstreich und Einstellung aller Arbeiten im Stadtwalde mit Ausnahme der Fällungen und nötigen Kulturarbeiten. Was aber dann? Wer würde für die ca. 80—100 arbeitslosen Familien sorgen? Wer der Einwohnerschaft Brennholz schaffen?

Manche Leute möchten eben von der Stadt 3 Nm. Brennholz im jetzigen Werte von 30—50 000 M. oder 30 Zentner Koks im Werte von 60 000 M. und dazu noch 20—30 000 M. Nutzung erhalten und von ihr außerdem noch viele Millionen Arbeitsverdienste beziehen. Das geht aber beim besten Willen nicht!

Nach der jetzt vorliegenden Berechnung der Nutzung für 1922 aus dem Erträgnis von 1921 kommen die jetzigen hohen Holzpreise in diesem Jahre noch nicht zur Geltung. Der Gesamtholzerlös im Jahr 1921 für

16 150 Fm. beträgt 4 563 056 M.
 davon gehen Gewinnungskosten ab . . . 1 659 654 M.
 Rest 2 903 402 M.

Hievon entfallen auf das Nutzungsquantum nach obigen Grundsätzen berechnet . 924 766 M. so daß 1922 eine Bürgergabe 1 235 M. beträgt. Im laufenden Jahre 1922/23 wird sich die Berechnung für die Nutzungsberechtigten infolge der hohen Holzpreise im Jahre 1922 viel günstiger gestalten. Nach unverbindlicher Schätzung wird es sich hier um eine Bürgergabe von 20—30 000 M. handeln. Halten die hohen Holzpreise im Jahre 1923 an, so ist für 1923/24 mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen.

Die Einwohnerschaft darf zum Gemeinderat das Vertrauen haben, daß die Nutzungsberechnung gerecht und den erganzenen Vorschriften entsprechend erfolgt. Es muß aber ernstlich davor gewarnt werden, den Bogen zu überspannen. Es könnte dies eine Folge zeitigen, die manche nicht voraussehen. Die Aufhebung sämtlicher Bürgerernutzungen im Lande war schon Gegenstand ernster Erörterung in den verchiedenen Parteien. Die in den Gemeinden durch die Nutzungen hervorgerufenen Zwistigkeiten und Auswüchse können den Stein leicht ins Rollen bringen, der unserm in der jetzigen Zeit des „Gleichen Rechts für Alle“ ohnedies auf schwachen Füßen stehenden Bildbader Schöpfung „Holzgeld“ den Garaus machen kann. Also Mäßigung!

Wildbad, den 3. Januar 1923.

Stadtschultheißenamt: Voegner. Stadtpflege: Brachold.

Von heute mittag ab prima gelbe Speisekartoffeln

am Bahnhof zu haben u. nimmt Bestellungen entgegen Karl Tubach, Telefon 62.

Linden-Lichtspiele
 Freitag abend 9 Uhr
 Sonntag nachmittags 4 Uhr und abends halb 9 Uhr
 Das große Sensations-Programm! 9 Akte!
Die Rache des Adlers
 Sensations-Bildweft-Drama in 5 Akten.
Das Amulett des Woywoden
 Schauspiel in 4 Akten.
 In allen Vorstellungen Konzert!

Ungebleichtes Baumwolltuch
 fast unterwüßlich, per Meter M. 980.—
 Weißes Hemdentuch, zerklüßig, per Meter M. 1050.—
 Hemdenflanell, fast unzerklüßig per Meter M. 1080.—
 Schlafbeden, kamelfaarfarbig, über 2 Pfund schwer, 140/190 cm groß, gute weiche Qual., per Stück M. 2800.—
 Versand sofort per Nachnahme. Wenn nicht entsprechend, Betrag retour, deshalb keine Musterendung.
 Josef Witt, Versandgeschäft, Weiden 442, Oberpfalz.

Gersters Nähmaschinen
 liefert
 bei günstigen Zahlungs-Bedingungen unsere Zweigstelle
Andreas Binder, Pforzheim, Pfarrgasse 7.
 Anfrage per Postkarte, komme ins Haus.

Fußball-Berein
 Wildbad.
 vere. Fußball- und Sportverein
Jahrgang 1903.
 Am Freitag, den 5. Jan. abends 8 Uhr
Bersammlung
 im „Ratskeller“
 Athletik-Abteilung:
 Heute abend 8 Uhr
 Turnhalle.